

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).



Newsletter Regina Jäck

Wahlkreisabgeordnete
für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit herzlichen Grüßen übersende ich Ihnen meinen aktuellen Newsletter, in dem ich Ihnen von meiner Arbeit in der Bürgerschaft und im Wahlkreis berichte. In dieser Legislaturperiode bin ich Mitglied im Sozialausschuss, im Gleichstellungsausschuss und im Haushaltsausschuss. Im Kulturausschuss bin ich ständige Vertreterin.

Der Schutz unserer Demokratie ist keine Frage von Tagespolitik, sondern eine

gesellschaftliche und verfassungsrechtliche Notwendigkeit. Wenn eine Partei systematisch Menschenwürde relativiert, ausgrenzt und die Grundlagen unseres Rechtsstaats angreift, dann darf ein demokratischer Staat nicht wegsehen.

Gerade unsere Geschichte verpflichtet uns, rechtzeitig zu handeln und die Instrumente der wehrhaften Demokratie einzusetzen – nicht aus politischem Kalkül, sondern aus Verantwortung gegenüber unserer Verfassung und der offenen Gesellschaft, in der wir leben wollen.

Herzliche Grüße

Regina Jäck



Mehr Zuversicht wagen!

Vortrag und Diskussion mit unserem
Kultursenator Dr. Carsten Brosda am
19. Januar um 19 Uhr.

Brakula, Bramfelder Chaussee 265

Herzliche
Einladung

REGINA JÄCK

**Gedenkveranstal-
tung der
Bezirksversamm-
lung Wandsbek**

**Nächste Sitzung
der Bürgerschaft
am 28. Januar**

**Infostand in
Bramfeld am 30.
Januar,
10-12 Uhr**

am 27. Januar

Die Bezirksversammlung Wandsbek lädt am 27. Januar zu einer Gedenkveranstaltung ein. Beginn ist um 18.00 Uhr im Bürgersaal, Am Alten Posthaus 4, 4. OG.

Unter der Seite [Livestream - Hamburgische Bürgerschaft](#) kann die Sitzung am Sitzungstag live verfolgt werden.

Für gehörlose Menschen gibt es eine Übertragung in Gebärdensprache.

Was sind Ihre Themen und Fragen?

Treffen Sie mich und meine KollegInnen aus der Bürgerschaft am Infostand auf dem Bramfelder Marktplatz.

Aktuelle Stunde: „Verteidigung der Demokratie ist kein politisches Tagesgeschäft, sondern verfassungs- rechtliche Notwendigkeit“

Am 14. Januar haben wir in der Aktuellen Stunde der Hamburgischen Bürgerschaft über den Schutz der Demokratie vor verfassungsfeindlichen Parteien debattiert. Sowohl unsere - als auch die Grüne Fraktion haben die Debatte unter dem Titel „Auch Hamburg übernimmt Verantwortung: Wir prüfen ein AfD-Verbotsverfahren und kämpfen entschlossen für unsere Demokratie“ angemeldet. Außerdem haben wir gemeinsam mit Grünen und Linken einen Antrag beschlossen, der sich auf Bundesratsebene für ein rechtssicheres gestuftes Verfahren zur Vorbereitung eines möglichen AfD-Verbots einsetzt.



„Die Demokratie muss viel aushalten - aber nicht ihre eigene Abschaffung!“

Foto: Hamburgische Bürgerschaft/Michael Zapf

Dazu Dirk Kienscherf, unser Fraktionsvorsitzender: „Der Schutz unserer Demokratie ist keine Frage von Tagespolitik, sondern eine gesellschaftliche und verfassungsrechtliche Notwendigkeit. Wenn eine Partei systematisch Menschenwürde relativiert, ausgrenzt und die Grundlagen unseres Rechtsstaats angreift, dann darf ein demokratischer Staat nicht wegsehen. Gerade unsere Geschichte verpflichtet uns, rechtzeitig zu handeln und die Instrumente der wehrhaften Demokratie einzusetzen – nicht aus politischem Kalkül, sondern aus Verantwortung gegenüber unserer Verfassung und der offenen Gesellschaft, in der wir leben wollen.“

Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Die AfD ist keine Partei, die innerhalb unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nur andere politische Schwerpunkte setzen will, vielmehr bekämpft die AfD offen unser demokratisches System und versucht, dieses zu beseitigen. Dabei handelt es sich nicht um einzelne Ausrutscher oder bedauerliche Einzelfälle. Es geht um ihre Programmatik und das Auftreten sowie systematisches Handeln zentraler Funktionär:innen. Um einem möglichen Verbot zu entgehen, hat die AfD ihre alte rechtsextreme Jugendorganisation aufgelöst und durch eine neue ersetzt. Aber niemand sollte sich täuschen lassen: Mit dieser Neugründung wird der alte Kurs konsequent fortgesetzt. Das ist kein Neuanfang, sondern ein erneutes Alarmsignal für unser Land. Das alles ist keine Erfindung von SPD, Grünen, CDU oder Linkspartei. Das sind Feststellungen der zum Schutz unserer Verfassung

einggerichteten staatlichen Stellen. Die Verfassungsschutzbehörden auf Landes- und Bundesebene kommen seit Jahren zu immer klareren Bewertungen: Mehrere Landesverbände werden als gesichert rechtsextrem eingestuft. Auf Bundesebene sehen wir die Entwicklung vom Prüffall über den Verdachtsfall hin zu einer immer weiter erhärteten Bewertung.

Dabei ist eines zentral: Parteien werden nicht von Parlamenten und schon gar nicht von anderen Parteien verboten. Weder Bürgerschaft noch Senat betreiben ein AfD-Verbotsverfahren, das ist weder ihr Recht noch ihre Aufgabe. Über ein Parteiverbot entscheidet ausschließlich das Bundesverfassungsgericht. Die Bundesländer können ein solches Verfahren jedoch über den Bundesrat anstoßen und eine sorgfältige Prüfung der Voraussetzungen veranlassen. In Schleswig-Holstein hat der Landtag, in Berlin das Abgeordnetenhaus entsprechende Initiativen auf den Weg gebracht – unter maßgeblicher Beteiligung der CDU. Das waren starke, überparteiliche Signale: Demokrat:innen stehen zusammen, wenn es um den Schutz unserer Grundordnung geht. Als Hamburgische Bürgerschaft sollten wir uns heute diesem Weg anschließen und geschlossen für den Schutz unserer Demokratie eintreten.“

Gemeinsame Resolution: Hamburg setzt ein klares Zeichen gegen das iranische Regime und für die Menschen in Iran

Mit einer Resolution setzen wir gemeinsam mit CDU und GRÜNEN in der Hamburgischen Bürgerschaft ein starkes Zeichen der Solidarität mit den Menschen in Iran. Die Initiative geht auf einen Vorstoß der CDU-Fraktion zurück und verurteilt das brutale Vorgehen des Mullah-Regimes sowie die systematische Unterdrückung durch die Revolutionsgarden (IRGC). Zugleich fordert die Bürgerschaft den Senat auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene für die Listung der IRGC als Terrororganisation einzusetzen und weiterhin entschieden gegen regimennahe Strukturen in Hamburg vorzugehen.

Dazu Danial Ilkhanipour, unser europapolitischer Sprecher: „Die Menschen im Iran sind so nah an ihrer Freiheit wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Was wir dort erleben, sind keine gewöhnlichen Proteste, sondern eine Revolution. Dieser Freiheitswille wird vom Regime mit äußerster Brutalität beantwortet – mit systematischer Repression, massiver Gewalt und der Ermordung tausender unbewaffneter Menschen. Als Hamburg senden wir gemeinsam ein klares Signal: Wir schauen nicht weg.

Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und staatliche Gewalt dürfen nicht folgenlos bleiben.

Gerade mit Blick auf die vielen Menschen mit iranischen Wurzeln in unserer Stadt tragen wir eine besondere Verantwortung, ihre Sorgen ernst zu nehmen und ihre Forderungen nach Freiheit und Würde zu unterstützen. In dieser Situation müssen wir alles tun, was möglich ist, um die iranische Bevölkerung in ihrem Freiheitskampf zu stärken. Die Revolutionsgarden sind das zentrale Instrument der Repression des Regimes. Ihre Listung als Terrororganisation wäre ein notwendiger und überfälliger Schritt, um deutlich zu machen: Dieses Regime hat keine Zukunft, und seine Verbrechen bleiben nicht unbeantwortet.“

Einfach machen: Neue Impulse für die Modernisierung von Staat und Verwaltung

Hamburg ist 2026 Vorsitzland der Digitalministerkonferenz

Schwerpunkte sind die konsequente Umsetzung der Modernisierungsagenda sowie die Weiterentwicklung der öffentlichen IT-Struktur. Ziel ist es, die digitale Transformation der deutschen Verwaltung durch Bund und Länder gemeinsam weiter voranzutreiben und nutzerfreundliche Angebote für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zu schaffen.

Die Digitalministerkonferenz (DMK) ist das zentrale politische Gremium von Bund und Ländern mit der Zielsetzung, die Digitalisierung in Deutschland zu gestalten, länderübergreifende Strategien abzustimmen und zentrale Themen der digitalen Transformation zu koordinieren. 2026 übernimmt Hamburg unter Leitung von Staatsrat Jan Pörksen, Chef der Senatskanzlei, den Vorsitz.

Staatsrat Jan Pörksen, Chef der Hamburger Senatskanzlei und Vorsitzender der Digitalministerkonferenz: „Wir freuen uns, in diesem Jahr den Vorsitz der Digitalministerkonferenz zu übernehmen. In Hamburg stellen wir mit unserer Digitalstrategie und Initiativen zur Beschleunigung von Verwaltungsprozessen konsequent den Nutzen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen in den Mittelpunkt. Vor wenigen Wochen haben Bund und Länder eine ambitionierte

Modernisierungsagenda beschlossen. Jetzt kommt es darauf an, diese auch Punkt für Punkt gemeinsam umzusetzen!“

Die Frühjahrssitzung der DMK findet in Hamburg, die Herbstsitzung in Brüssel statt. Hamburg will im Rahmen seines Vorsitzes ein klares Zeichen für eine zukunftsfähige Verwaltung und einen leistungsfähigen Staat setzen und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern weiter ausbauen. Im Mittelpunkt stehen dabei die konsequente Umsetzung der föderalen Modernisierungsagenda, die Deutschland-Architektur als neues Rückgrat der öffentlichen IT sowie die Registermodernisierung zur Konsolidierung staatlicher Datenbestände.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Neue Wohnungen für Wandsbek – Wandsbek-Koalition bleibt am Ball

Wandsbek ist der einzige Bezirk, der seit 2011 fast ausnahmslos die im Vertrag für Hamburgs Wohnungsbau vereinbarte Zahl der Baugenehmigungen jährlich übertroffen hat. Auch 2025 wurden mit 1934 deutlich mehr Baugenehmigungen erteilt als die vereinbarte Anzahl von 1800. Für die Wandsbek-Koalition aus SPD, Grünen und FDP bleibt Wohnungsbau ein zentrales Thema der politischen Arbeit, denn unvermindert wird in Hamburg und im bevölkerungsreichsten Bezirk Wandsbek günstiger Wohnraum dringend benötigt. Dabei ist es der Wandsbek-Koalition besonders wichtig, dass die soziale Infrastruktur mit dem Wohnungsbau Schritt hält. Bei größeren Bebauungsplänen werden daher von Anfang an Flächen für Kindertagesstätten berücksichtigt und die Freiflächen zwischen den Häusern so gestaltet, dass sie Aufenthaltsqualität bieten.

Marc Buttler, Vorsitzender der Wandsbeker SPD-Fraktion: „Zu den größten Wohnprojekten zählen u.a. das Moosrosenquartier in Bramfeld an der Bramfelder Chaussee und die neuen Wohnungen in Farmsen auf der Fläche des ehemaligen Berufsförderungswerkes. Seit Sommer 2024 wurden sechs neue Bebauungspläne durch die Bezirksversammlung beschlossen und festgestellt, weitere befinden sich im Planungsausschuss in Vorbereitung. Seit 2011 haben wir in Wandsbek den Wohnungsbau vorangebracht und freuen uns sehr, dass wir auch im Jahr 2025 die vereinbarte Zahl von 1800 Baugenehmigungen mit insgesamt 1934 Genehmigungen übertroffen haben.“

Neujahrsempfang der SPD-Fraktion Hamburg: „Das Feuer für Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg entfachen“



Foto: Fraktionsvorsitzender Dirk Kienscherf stimmte gemeinsam mit Hamburgs Erstem Bürgermeister Peter Tschentscher, Para Athletin Edina Müller sowie der ehemalige HSV-Profi und Nationaltrainer der deutschen Olympiamannschaft in Paris, Horst Hrubesch, auf mögliche Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg ein. Quelle: SPD-Fraktion Hamburg

Unsere Bürgerschaftsfraktion hat am 11. Januar im Festsaal des Hamburger Rathauses rund 900 Gäste aus allen Bereichen der Stadtgesellschaft zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang unter dem Motto „Hamburg sind wir alle“ begrüßt. Neben dem Fraktionsvorsitzenden Dirk Kienscherf stimmte auch Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher auf das neue Jahr ein. Die zweifache Goldmedaillengewinnerin bei Paralympischen Spielen, Edina Müller, sowie der ehemalige HSV-Profi und Nationaltrainer der deutschen

Olympiamannschaft in Paris, Horst Hrusch, teilten ihre Begeisterung für eine mögliche Hamburger Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele.



Auf dem Neujahrsempfang getroffen: von links Juliane Timmermann, Edina Müller und Bernadette Zipfel

Dazu Dirk Kienschurf, unser Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion Hamburg: „Gerade in politisch und gesellschaftlich herausfordernden Zeiten braucht es Projekte, die Menschen verbinden und Zuversicht geben. Der Sport steht wie kaum etwas anderes für Weltoffenheit und Zusammenhalt – Werte, die Hamburg ausmachen und die wir in den vergangenen Jahren gezielt gestärkt

haben. Unsere Stadt hat bewiesen, dass sie große Sportereignisse erfolgreich, inklusiv und verantwortungsvoll ausrichten kann. Olympische und Paralympische Spiele in Hamburg wären ein starkes Signal für nachhaltige und barrierefreie Spiele in einer offenen Metropole. Wir wollen Spiele, die auf bestehenden Sportstätten aufbauen und Begegnungen ohne Barrieren mitten in der Stadt ermöglichen. Wir sind überzeugt: Hamburg kann und sollte sich Olympische und Paralympische Spiele zutrauen. Als eine der weltoffensten Städte Europas sollte Hamburg nicht am Spielfeldrand stehen, wenn es darum geht, das Potenzial unseres Landes international sichtbar zu machen. Olympia und Deutschland sind mehr als Lederhosen und Oktoberfest – Hamburg könnte dies der Welt zeigen. Dabei geht es um mehr als ein sportliches Großereignis. Es geht um langfristige Entwicklungschancen für unsere Stadt und um eine neue olympische Generation: Hamburger:innen, die Sport als selbstverständlichen Teil ihres Lebens begreifen und für Fairness, Vielfalt und Leistungsbereitschaft stehen. Investitionen in Sport, Inklusion und Mobilität kommen dabei der gesamten Stadtgesellschaft zugute. Eine solche Entscheidung verlangt Verantwortung, Augenmaß und einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt. Ziel sind Olympische und Paralympische Spiele, die verantwortungsvoll, inklusiv und zukunftsgerichtet geplant und umgesetzt werden. Mit tragfähigem Konzept und breiter Unterstützung kann Hamburg das Feuer für Olympische und Paralympische Spiele entfachen.“

Dazu Peter Tschentscher, unser Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg: „Olympische und paralympische Spiele begeistern die Menschen weltweit. Das gilt besonders für die aktiven Sportlerinnen und Sportler und alle, die das Ereignis als Gäste oder Bürgerin und Bürger vor Ort miterleben. Die Spiele in Paris haben das Interesse für Olympia noch einmal verstärkt. Die Wettkämpfe waren bestens in die Stadt integriert, wie es das neue IOC-Konzept vorsieht, das auf Nachhaltigkeit und Inklusion setzt. Hamburg hat ebenfalls ein überzeugendes Konzept aufgestellt, das an die Erfahrungen von Paris anknüpft und die neuen IOC-Kriterien bestens erfüllt: Kurze Wege, gute Integration in den Stadtraum, keine Neubauten, die nicht ohnehin geplant sind. Die Durchführungskosten können so vollständig durch den Verkauf von Tickets, Lizenzen und weiteren Einnahmen finanziert werden. Bei der Entscheidung über Olympia in Deutschland geht es auch um einen Wettbewerb der Regionen. Denn Olympische Spiele geben der Entwicklung des gastgebenden Landes und der Ausrichterstadt enorme Schubkraft: Für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Inklusion, für neue Ideen und Investitionen und die damit verbundenen Impulse für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Olympia kann zu einem Aufbruch und einem großartigen neuen Kapitel unserer Stadtgeschichte werden. Die Bürgerinnen und Bürger von München haben sich bereits entschieden. Am 31. Mai 2026 geht es beim Referendum um das Votum im Norden und ein klares ‚Ja‘ zu Olympischen und Paralympischen Spielen in Hamburg!“

Dazu Edina Müller, Rollstuhlbasketballerin und Parakanutin, zweifache Paralympics-Siegerin und Fahnenträgerin bei den Paralympischen Spielen: „Olympische und Paralympische Spiele sind eine außergewöhnliche Erfahrung, für die Teilnehmenden ebenso wie für die Zuschauenden. Gerade die Paralympischen Spiele haben eine enorme Bedeutung. Sie machen einem

breiten Publikum sichtbar, dass Menschen mit Behinderung leistungsfähig sind und zu den Besten der Welt gehören können. Menschen entwickeln ein anderes Verständnis für Dinge, die sie selbst sehen und erleben. Die Spiele können einen wichtigen Impuls geben, Hamburg zur inklusivsten Stadt Deutschlands zu machen – im Stadtbild ebenso wie in den Köpfen.“

Dazu Horst Hrubesch, ehemaliger Fußballprofi sowie Bundes- und Nationaltrainer der deutschen Olympiamannschaft: „Die Stimmung bei Olympischen und Paralympischen Spielen ist unvergleichlich, Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich dies zweimal selbst erleben durfte. Das sollte sich Hamburg nicht entgehen lassen. Wer bei Olympischen Spielen erfolgreich sein will, braucht Begeisterung für den Sport und echten Teamgeist. Olympia in Hamburg ist die Chance für eine ganze Generation von Kindern und Jugendlichen, diese Werte von klein auf in Schulen und auf Sportplätzen zu erleben und weiterzutragen. Diese Erfahrung sollten wir der jungen Generation unbedingt ermöglichen.“

Gute Leistung von Schulen und Jugendberufsagentur: Zahl der Übergänge in Ausbildung steigt

Obwohl das Angebot an Ausbildungsplätzen zurückgegangen ist, haben insgesamt mehr junge Menschen den Weg in die Berufsausbildung gefunden: Die Übergangszahlen in Ausbildung sind zusammengerechnet in allen Bildungsgängen – nach Jahrgang 10, nach der Dualisierten Ausbildungsvorbereitung (AvDual) und nach der Ausbildungsvorbereitung für Migranten (AvM-Dual) – um 185 junge Menschen angestiegen. Besonders im Bereich Betriebliche Ausbildung ist dieser Anstieg mit einem Plus von 128 deutlich. Durch gezielte Maßnahmen in Jahrgang 11 konnte bei AvDual und AvM-Dual trotz des angespannten Ausbildungsmarktes die Integration junger Menschen in Ausbildung gelingen. Demgegenüber sind die Übergangszahlen jüngerer Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Jahrgang 10 aufgrund der Veränderungen am Ausbildungsmarkt in diesem Jahr prozentual und absolut zurückgegangen.

Unsere Bildungssenatorin Ksenija Bekeris: „Mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach Klasse 10, weniger Ausbildungsplätze und eine schwierige wirtschaftliche Lage – vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass insgesamt 185 junge Menschen mehr in eine Ausbildung gekommen sind. Besonders freue ich mich, dass die Ausbildungsvorbereitung für Migrantinnen und Migranten so stark ist. Mit den rund 250 dualen und schulischen Ausbildungsberufen in Hamburg ist

die Berufsausbildung einer der ganz zentralen und zukunftsweisenden Wege für junge Menschen in den Beruf. Und damit das auch so bleibt, appelliere ich an alle Betriebe in Hamburg, verstärkt Ausbildungs- und Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen.“

Im vergangenen Jahr haben 982 AvM-Dual-Absolventinnen und -Absolventen ihre Ausbildungsvorbereitung erfolgreich abgeschlossen. Das ist ein leichtes Plus im Vergleich zu 2024. Genau einem Drittel von ihnen gelang es, direkt im Anschluss mit einer Berufsausbildung zu beginnen.

Sönke Fock, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für

Arbeit: „Hamburger Unternehmen meldeten der Agentur für Arbeit Hamburg im zurückliegenden Ausbildungsjahr trotz der weiterhin angespannten Wirtschaftslage über 10.200 Ausbildungsstellen. Im Ergebnis bedeutet dies einen Rückgang von 400 Stellen, reicht aber fast an die beiden Vorjahre heran. Positiv gestaltete sich demgegenüber die anhaltend hohe Nachfrage nach einer dualen Ausbildung. Ende September 2025 zählten wir insgesamt 8.077 Ausbildungsplatzbewerbende bei uns in der Beratung und Ausbildungsvermittlung. Das sind 1.039 oder knapp 15 Prozent mehr als zum Vorjahr. Gleichwohl bleibt ein Wehmutstropfen: Rund 950 Ausbildungsstellen blieben unbesetzt und 1.400 Ausbildungsplatzsuchende ohne Vertrag. Die Gründe dafür sind vielfältig und betreffen alle Schülerinnen und Schüler aller Abschlüsse gleichermaßen. In Zusammenarbeit mit den Partnerinnen und Partnern der Jugendberufsagentur Hamburg (JBA) unterstützen wir weiterhin die jungen Menschen durch Berufsorientierung an Schulen, mit Beratung und Bewerbungstraining in der JBA sowie mit Ausbildungsplatz-Börsen und ganzjährigen Veranstaltungsreihen zur Berufs- und Studienorientierung im Berufsinformationszentrum BiZ. Unser Ziel ist, dass sie einen passenden Ausbildungsplatz finden und eine gute berufliche Perspektive haben.“

Zu den gewählten Berufskategorien

Die von den Schulabgängerinnen und Schulabgängern gewählten Berufskategorien werden wie im Vorjahr angeführt von den Kategorien „Handwerk, Industrie und Technik“ und „Gesundheitswesen, Pflege und Pharmazie“. Die Kategorie „Bildung, Kultur und Verwaltung“ ist immer noch auf Platz drei, aber im aktuellen Schuljahr mit knapp zwölf Prozent etwas weniger stark vertreten als im Vorjahr. Die Kategorie „Dienstleistung, Handel und Vertrieb“ ist nur noch halb so oft vertreten wie im Vorjahr (minus sechs Prozentpunkte).

Der Beruf „Sozialpädagogische/r Assistent/in“ ist bei den Hamburger Schulabgängerinnen und Schulabgängern nach Klasse 10, AvDual und AvM-Dual weiterhin der beliebteste (438), gefolgt von „Medizinischer Fachangestellter/Medizinische Fachangestellte“ (209). Im Vorjahr war „Verkäufer/Verkäuferin“ mit 201 auf Platz zwei, im aktuellen Schuljahr ist dieser Beruf mit 170 auf Platz drei zurückgefallen.

Insgesamt zeigt sich, dass die klassischen Ausbildungsberufe im sozialen und medizinischen Bereich weiterhin sehr gefragt sind, während technische und handwerkliche Berufe stabil bleiben. Die Ausbildung für Dienstleistungsberufe wird hingegen nicht mehr so stark angestrebt.

Übergangsquote langfristig stark

Noch 2012 betrug die Übergangsquote nach Klasse 10 der Stadtteilschulen in eine Ausbildung nur etwa 25 Prozent. Dank der engen Zusammenarbeit von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen mit der Jugendberufsagentur in der Berufsorientierung und im Übergangsmanagement stieg die Quote. Aktuell steht sie bei 39 Prozent – ein leichter Rückgang nach 42,8 Prozent im Vorjahr, aber langfristig gesehen auf einem weiter starken Niveau.

Eine Erklärung für den leichten Rückgang: Insgesamt ist die Anzahl der Hamburger Schulabgängerinnen und Schulabgängern nach Jahrgang 10 (von Stadtteilschulen, Regionalen Bildungs- und Beratungszentren und Privatschulen), AvDual und AvM-Dual gestiegen und trifft auf einen angespannteren Ausbildungsmarkt: Nach aktuellen Zahlen der Hamburger Agentur für Arbeit ist ein leichter Rückgang des Stellenangebots (minus 3,8 Prozent) feststellbar.

Die intensive Praxisbegleitung und Dualisierung der Lernorte mit den Betrieben wirken. Dies zeigt sich in den Übergangszahlen aus AvDual und AvM-Dual, die weiterhin steigen. Besonders hervorzuheben ist die erneute Steigerung der Übergänge in Ausbildung aus AvM-Dual um 92 Schüler:innen.

Mehr Schulabgängerinnen und Schulabgängern

Im allgemeinbildenden System gingen zuletzt 213 Schülerinnen und Schülern mehr ab als im Schuljahr 2023/24. Das ist ein Anstieg um 4,17 Prozent. Der Großteil dieser Schülerinnen und Schüler ist in die Ausbildungsvorbereitung (AvDual, AvM-Dual, Produktionsschulen) übergegangen.

Im berufsbildenden System gingen aus AvDual 236 und aus AvM-Dual 92 Schülerinnen und Schüler mehr ab als im Vorjahr. Bei AvDual ist das ein Anstieg der Abgängerinnen und Abgänger um mehr als elf Prozent und bei AvM-Dual um fast 12 Prozent.

Hamburger Übergangsmanagement - Ein Erfolgsmodell

Das Übergangsmanagement in Hamburg wird seit mehr als einem Jahrzehnt stetig weiterentwickelt und an die sich wandelnden Bedarfe der jungen Menschen angepasst. Inzwischen gilt es als Vorzeigemodell im Bundesvergleich. Es funktioniert auch deswegen so gut, weil es entwicklungs- und prozessorientiert maßgeschneiderte Maßnahmen an unterschiedlichsten Punkten im Leben der jungen Menschen anbietet.

- Im Schulfach „Berufliche Orientierung“ lernen die Jugendlichen an den Stadtteilschulen zwischen Klasse 8 und 10 ihre Interessen und Stärken kennen, Bewerbungen zu schreiben, sich auf dem Ausbildungsmarkt zu orientieren und sie erproben sich in betrieblichen Praktika. Unterstützt wird das Fach durch Berufsberatungen in Kooperation mit der Jugendberufsagentur.

- Zusätzlich gibt es seit dem Schuljahr 2020/21 Praxisklassen in der Jahrgangsstufe 10, in denen die Schülerinnen und Schüler berufliche Erfahrungen durch das Lernen in Schule und Betrieb sammeln und dabei durch Mentorinnen und Mentoren der Berufseinstiegsbegleitung unterstützt werden.
 - Die Schulen und die Mitarbeitenden der Jugendberufsagentur begleiten Schulabgängerinnen und -abgänger eng und analysieren den Verbleib aller Jugendlichen nach Klasse 10 sorgfältig. So geht niemand verloren, denn jede und jeder wird gebraucht. Diese Erhebungen finden seit 2012 statt und sind ein enormer Aufwand, der sich lohnt: Lediglich bei fünf Schülerinnen und Schüler der Klasse 10 ist der Verbleib in diesem Jahr ungesichert und wird im Rahmen von Absentismusverfahren weiter geprüft. Das ist eine große Leistung aller Beteiligten, insbesondere in den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie der Netzwerkstelle der JBA.
 - Wer direkt nach Klasse 10 noch keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnte, orientiert sich in der Ausbildungsvorbereitung (AvDual, AvM-Dual, Produktionsschulen) beruflich und wird auf dem Weg in den Beruf eng begleitet. So gelingt spätestens ein Jahr nach Verlassen der allgemeinbildenden Schulen rund zwei Drittel aller Jugendlichen der Einstieg in die Berufsausbildung.
-

VHS boomt: Rund 116.700 Menschen nutzten 2025 das Weiterbildungsangebot - so viele wie noch nie zuvor

Die Hamburger Volkshochschule (VHS) blickt erneut auf ein sehr erfolgreiches Jahr zurück. Rund 116.700 Hamburgerinnen und Hamburger nahmen 2025 an rund 9.700 Kursen, Workshops und Veranstaltungen teil - so viele wie noch nie zuvor in der 106-jährigen Geschichte der traditionsreichen Einrichtung. Nach dem bereits sehr erfolgreichen Vorjahr mit 113.600 Teilnehmenden konnte die VHS ihre Bedeutung als größte Weiterbildungsinstitution der Hansestadt jetzt erneut unterstreichen.

Bildungssenatorin Ksenija Bekeris: „Die große Resonanz zeigt, dass Hamburg eine Stadt der Wiss- und Lernbegierigen ist. Die Menschen möchten sich persönlich weiterentwickeln, kreativ entfalten und

gesellschaftlich beteiligen. Die VHS leistet mit ihrem breiten Angebot einen unschätzbaren Beitrag für unsere Stadtgesellschaft. Ganz besonders habe ich mich im letzten Jahr über die Eröffnung des neuen Lernortes in der VHS-Gedenk- und Bildungsstätte Israelitische Töcherschule gefreut. Erfolgreich gestartet sind jetzt auch die Müttersprachkurse an Hamburger Kitas. Je frühzeitiger wir mit der Sprachförderung auch bei den Müttern ansetzen, umso besser starten unsere Kinder in Kita und Schule. Mein herzlicher Dank geht an alle 1.600 Kursleitenden und die Mitarbeitenden der VHS.“

VHS-Direktor Uwe Grieger: „Die tolle Resonanz unserer Angebote macht uns sehr stolz und ist zugleich Ansporn für unseren Auftrag, ‚Bildung für alle‘ anzubieten. Weiterbildung ist heute wichtiger denn je. Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Generationen kommen zum Miteinanderlernen zusammen – und nebenbei entwickelt sich Verständnis und man wird offener für andere Sichtweisen und Meinungen. Das ist der Kitt, den wir für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt brauchen. Wichtig für die VHS bleibt: Wir ruhen uns nicht auf dem Erfolg aus, sondern entwickeln uns ständig weiter und spüren Trends auf, so zum Beispiel in der digitalen Transformation, Sprachförderung oder bei Kreativkursen.“

Höchste Zuwächse in „Digitales und Medien“ sowie in „Kultur und Kreativität“

Rund 1.200 Kurse hatte die Hamburger VHS im Bereich „Digitales und Medien“ 2025 im Programm, davon entfielen rund 200 Kurse allein auf das Thema Künstliche Intelligenz. Die Nachfrage zu KI blieb ungebrochen hoch: Bildungsurlaube zur Künstlichen Intelligenz waren teilweise bereits neun Monate vor Kursstart vollständig ausgebucht. Ebenfalls stark nachgefragt sind Kurse rund um das Smartphone und Tablet, die laufend angeboten werden, aktuell 60 Kurse – insbesondere für ältere Menschen.

Dabei will die VHS es nicht belassen: Im kommenden Frühjahr eröffnet die VHS ein Digital-Labor (DigiLAB) als Experimentierraum und Ort, an dem der digitale Wandel erlebbar wird und neue Impulse für die Bildungsarbeit entstehen. Im DigiLAB werden Kursleitungen in praxisnahen Fortbildungen in die Nutzung digitaler Lernsettings und Werkzeuge eingeführt. Für Teilnehmende wird es regelmäßig sogenannte ‚integrierte Kursangebote‘ geben, die Themen wie Fotografie, Programmierung und 3D-Druck miteinander verbinden. Ein Beispiel hierfür ist der Kurs „Baue Deinen eigenen Computer mit Raspberry Pi und 3D-Drucker“: Während der eigene Computer aufgesetzt und programmiert wird, entstehen Gehäuse und Maus direkt aus dem 3D-Drucker.

Im Bereich „Kultur und Kreativität“ verzeichnet die VHS 2025 ein besonders starkes Wachstum auf insgesamt rund 28.000 Teilnehmende. Von Malerei über Musik bis zu Handwerk ist die Nachfrage so hoch wie nie zuvor. Bereichert wird das Programm durch neue, innovative Lernformate. Ein Beispiel ist die Workshopreihe „Wunderwelt Korallenriff“, die im Januar 2026 startet: In insgesamt elf Workshops setzen sich Teilnehmende künstlerisch mit dem Klimawandel und dem bedrohten Lebensraum Korallenriff auseinander. Die Arbeit an Keramikobjekten wird dabei mit ökologischem Hintergrundwissen und politischer Bildung verbunden. „Die Verknüpfung verschiedener Bildungsaspekte – wie hier das kreative Töpfern mit Themen wie dem Klimawandel – machen die VHS-Angebote

besonders attraktiv. Die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern wie den Hamburger Museen wird so besonders spannend und für alle Beteiligten ein Gewinn“, so **VHS-Direktor Grieger**. Die Vorstellung für das aus einzelnen Korallen entstandene kollektive Riff findet am 21./22. März im Altonaer Museum statt.

VHS-Sprachförderung wichtiger Integrationsfaktor: „Deutschkurse für Mütter“ in elf Kitas

Seit 23 Jahren bietet die Hamburger Volkshochschule gebührenfreie „Deutschkurse für Mütter“ aktuell an 60 Hamburger Grundschulen an. Die Mütter kommen vormittags, wenn die eigenen Kinder in der Schule sind, zusammen und lernen Deutsch unter Anleitung von qualifizierten Kursleitungen. Gleichzeitig lernen sie die Schule ihres Kindes und das deutsche Schulsystem besser kennen. 2025 nahmen 1.225 Mütter an 69 Kursen teil. Die „Deutschkurse für Mütter“ sind gebührenfrei. Neu: Im April 2025 sind zusätzliche Müttersprachkurse an 11 Hamburger Kitas mit 104 Müttern im gesamten Stadtgebiet erfolgreich gestartet.

„Deutsch als Fremdsprache“

Die VHS ist weiterhin einer der größten Anbieter im Bereich Deutsch als Fremdsprache. 2025 hat die Hamburger VHS 674 Integrations- und Deutschkurse für 11.852 Teilnehmende angeboten, obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Januar 2025 die Mittel für Berufssprachkurse (BSK) erheblich gekürzt hat (über 60 Prozent). Die VHS hat hieraufhin neue Intensivkurse für die Niveaustufen B1 und B2 gegen Entgelt angeboten und neue berufsbegleitende Formate entwickelt und konnte damit für die Betroffenen teilweise Kompensationsmöglichkeiten schaffen. „Die bundesfinanzierte Deutsch-Sprachförderung sowohl von Integrationskursen als auch von Berufssprachkursen ist für die Integration in unsere Gesellschaft eine äußerst wichtige Voraussetzung“, so **Senatorin Bekeris**. „Die BSK-Kurse gehören zu den wichtigsten Instrumenten, um Zugewanderte sprachlich auf Ausbildung, Beruf und Studium vorzubereiten. Der Bund darf sich hier nicht zurückziehen und bleibt aufgefordert, seiner Verantwortung für die Integration in Beruf und Gesellschaft gerecht zu werden.“

Wohnortnahe Lernchancen für Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten

„Ich freue mich, dass – nicht zuletzt auch durch meine Bemühungen und die der Kultusministerkonferenz – das Bundesbildungsministerium die Gespräche über die Fortführung der „Alphadekade“ über 2026 hinaus wiederaufgenommen hat“, so **Senatorin Bekeris**. „Bund und Länder müssen ihre Unterstützungsangebote für gering Literarisierte abstimmen und weiterentwickeln, um ihre sozialen, demokratischen und beruflichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern. Meine Behörde steht zu ihrer Verantwortung und hat die VHS-Angebote auch im letzten Jahr ausgebaut.“ Neu gestartet ist 2025 das umfängliche Grundbildungsprojekt „GrundVertrauen“ mit Lernangeboten vor Ort. Der Ansatz ist, Menschen direkt in Sozialräumen, über Schulen, Kindertagesstätten und lokale Institutionen zu erreichen. Die Kurse sind bewusst niedrigschwellig und ohne Leistungsdruck aufgebaut, damit sie für Menschen mit Schwierigkeiten beim Lesen und Schreiben zugänglich

sind. Der Projektzeitraum läuft vom Januar 2025 bis Ende Dezember 2028.

Ausstellung „Jüdische Kinderwelten“ im Karoviertel eröffnet

Im Juli 2025 wurde die neu gestaltete Dauerausstellung „Jüdische Kinderwelten – die Geschichte der Israelitischen Töchterschule“ nach einer umfassenden Sanierung feierlich eröffnet – nun mit doppelter Ausstellungsfläche und einem neuen Vermittlungskonzept. Konzipiert wurde die Ausstellung als neuer Lernort für Schüler:innen ab der 7. Klasse, für die die Veranstaltungskapazitäten verdreifacht wurden. Im Gebäude der ehemals größten jüdischen Mädchenschule Hamburgs beleuchtet die Ausstellung vielfältige Aspekte der Geschichte der Schule seit der Gründung 1884 bis zur Schließung im Nationalsozialismus.

Öffnungszeiten: Donnerstag, 14:00-17:00 Uhr, Sonntag, 10:00-14:00 Uhr, Eintritt frei. Führungen für Schulklassen können außerhalb dieser Öffnungszeiten individuell vereinbart werden.

Ergebnisse im Überblick:

Die Hamburger Volkshochschule (VHS) kann 2025 auf ein gutes Jahr zurückblicken: Mit 116.775 Teilnehmenden verzeichnet die VHS ein Wachstum von rund 3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (2024: 113.600) Insgesamt wurden 9.766 Kurse mit 231.603 Unterrichtseinheiten durchgeführt.

Der Jahresumsatz war laut Wirtschaftsplan 2025 für 27,8 Millionen Euro geplant. Von diesen Ausgaben erwirtschaftet die Hamburger Volkshochschule ca. 55 Prozent selbst: 2025 werden Erlöse von bis zu 15,1 Millionen Euro erwartet. Die Schulbehörde bezuschusste die Volkshochschule Hamburg im Jahr 2025 zusätzlich mit bis zu 13,3 Millionen Euro. Die Hamburger VHS ist ein Landesbetrieb der Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung und bietet Weiterbildung für Erwachsene an. Die VHS ist der größte Weiterbildungsanbieter in Hamburg. An rund 250 Lernorten und im Internet finden Kurse der Hamburger VHS statt.

Mehr Informationen zum Kursprogramm unter www.vhs-hamburg.de

Erfolgreiche Integrationspolitik: Wer in Hamburg lebt,

soll dazugehören

Am 10. Dezember haben wir in der Hamburgischen Bürgerschaft die neuesten Zahlen und Ziele des Hamburger Integrationskonzepts beraten. Unsere Fraktion hatte diesen Tagesordnungspunkt zur Debatte angemeldet.

Dazu Danial Ilkhanipour, unser Sprecher für Migration, Integration und Geflüchtete: „Hamburg zeigt eindrucksvoll, dass konsequente Integrationspolitik wirkt – und das trotz der großen Herausforderungen der vergangenen Jahre. Über 62 Prozent der Asyl- und Schutzsuchenden in unserer Stadt arbeiten auf Fachkraft-, Spezialisten- oder Expertenniveau – deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Bei der Beschäftigungsquote der Zugewanderten aus den acht Hauptherkunftsländern lag Hamburg 2024 mit 51,1 Prozent bundesweit auf Platz 1.

Wir schaffen Perspektiven, Teilhabe und Vertrauen – denn wer in Hamburg lebt, soll dazugehören und mit gleichen Rechten und Pflichten am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das ist und bleibt der Kern sozialdemokratischer Integrationspolitik. Damit Integration in allen Lebensbereichen sichtbar vorankommt – von der frühen Bildung über Sprachförderung bis hin zum Arbeitsmarkt – braucht es verlässliche Rahmenbedingungen. Integration ist keine abstrakte Aufgabe, sondern tägliche gemeinsame Arbeit: in den Quartieren, in Kitas und Schulen, in Betrieben und Vereinen. Genau dort beweist Hamburg seine Stärke. Wir setzen weiterhin auf einen modernen, dynamischen Integrationsansatz, der sowohl geflüchtete und zugewanderte Menschen als auch die gesamte Stadtgesellschaft einbezieht. Wichtig ist jedoch auch, dass der Bund die derzeit ausgesetzten Berufssprachkurse schnellstmöglich wieder in vollem Umfang ermöglicht.“

**Rot-Grünes
Ausschusspetitum:
Führerscheinkosten
reduzieren,
Fahrausbildung
modernisieren**

Gemeinsam mit den Grünen haben wir zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 11. Dezember ein Ausschusspetitum eingebracht, mit dem sich Hamburg auf Bundesebene für eine zügige Umsetzung der angekündigten Reform des Fahrerlaubnis- und Fahrschulausbildungsrechts einsetzen soll. Ziel ist es, die Kosten für den Führerscheinerwerb zu begrenzen, die Ausbildungsstrukturen zu modernisieren und die Sicherheit für Radfahrende durch Maßnahmen gegen sogenannte Dooring-Unfälle deutlich zu erhöhen. Über das Ausschusspetitum entscheidet die Hamburgische Bürgerschaft in einer ihrer nächsten Sitzungen.

Dazu Ole Thorben Buschhüter, unser verkehrspolitischer Sprecher: „Wir wollen, dass der Führerschein bezahlbar bleibt. Steigende Kosten dürfen insbesondere junge Menschen nicht vom Erwerb des Führerscheins ausschließen. Auch in Hamburg ist das Auto für viele Menschen nicht nur beruflich, sondern auch für die persönliche Mobilität ein wichtiges Verkehrsmittel.

Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die angekündigte Reform der Fahrschulausbildung zügig umzusetzen, digitale Lernformen auszubauen und eine verbindliche Kostenbegrenzung mitzudenken.

Ebenso wollen wir vermeiden, dass Theorieprüfungen verfallen, wenn praktische Prüfungen nicht rechtzeitig stattfinden. Und wir setzen uns dafür ein, die praktische Prüfung künftig auch auf Englisch zu ermöglichen – das erhöht Chancen und Teilhabe, gerade für zugewanderte Fachkräfte.

Gleichzeitig wollen wir die Sicherheit für Radfahrende erhöhen. Die Zahl der Unfälle zwischen Radfahrenden und sich öffnenden Fahrzeugtüren – sogenannten Dooring-Unfällen – ist weiterhin hoch und führt häufig zu schweren Verletzungen. Der verpflichtende ‚Holländische Griff‘ in der Fahrschulausbildung ist deshalb eine einfache, kostengünstige und hocheffektive Maßnahme, die Radfahrende nachhaltig schützt.“

Zwischenbericht zur Umsetzung des Klimaplans vorgestellt: Hamburg bei ambitionierten Klimazielen auf Kurs

Unser Hamburger Senat hat heute den Zwischenbericht zum Umsetzungsstand des Hamburger Klimaplan 2025 vorgelegt. Der Bericht informiert über die Fortschritte und Herausforderungen auf dem Weg zur Erreichung der Klimaziele - insbesondere mit Blick auf das Zwischenziel, die CO₂-Emissionen bis 2030 um 70 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Und das Ergebnis ist ermutigend: Im Jahr 2023 hat die Freie und Hansestadt ihre Emissionen im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990 bereits um 42,9 Prozent gesenkt - das sind 6,4 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Dr. Peter Tschentscher, unser Erster Bürgermeister: „Hamburg hat im Klimaschutz seit 2011 große Fortschritte gemacht. Bei steigenden Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen sowie zunehmender Wirtschaftsleistung wurden die CO₂-Emissionen deutlich gesenkt. Grundlage für den Erfolg sind ein fachlich fundierter Klimaplan und eine systematische Klimaschutzstrategie, die wir konsequent fortführen. Der Volksentscheid zum Klimaschutzgesetz hat die Vorgaben zur Verringerung der Emissionen in den Jahren ab 2030 verschärft und noch einmal bestärkt, dass dafür nur sozialverträgliche Maßnahmen ergriffen werden dürfen. Hierzu gehört auch der Erhalt von Arbeitsplätzen und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. In entscheidenden Bereichen wie der Wasserstofftechnologie und einer klimafreundlichen Fernwärme nimmt Hamburg eine führende Rolle unter den europäischen Metropolen ein. Der Zwischenbericht zum Umsetzungsstand des Hamburger Klimaplan zeigt aber auch, dass die Bedingungen für das Erreichen der Emissionsziele in den einzelnen Sektoren unterschiedlich sind und dass maßgebliche Faktoren dazu auf Bundesebene vorgegeben werden. Der Senat wird die in Hamburg unter der Maßgabe der Sozialverträglichkeit möglichen Klimaschutzmaßnahmen weiterhin konsequent umsetzen. Gegenüber dem Bund werden wir uns für die erforderlichen bundespolitischen Rahmenbedingungen einsetzen.“

Katharina Fegebank, Zweite Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft: „Hamburg bleibt beim Klimaschutz auf Kurs. Der aktuelle Zwischenbericht ist dafür ein starkes Signal: Mit weiteren ermutigenden CO₂-Einsparungen beweisen wir, dass wirksamer Klimaschutz funktioniert. Das macht Mut und Lust auf mehr. Bei der Wärmeversorgung und der Energiewende setzen wir unseren erfolgreichen Weg konsequent fort. Klar ist aber auch: Es gibt Bereiche, in denen noch einiges passieren muss. Wir haben noch viele Aufgaben vor uns und brauchen ambitionierte Rahmenbedingungen und Rückenwind aus Berlin, um auch dort schneller voranzukommen, wo uns auf Landesebene rechtlich die Hände gebunden sind. Klimaschutz ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe, bei der Hamburg vorangeht und Verantwortung übernimmt – für unsere Stadt und für kommende Generationen.“

Energiewende: Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur kommt voran

Bei der zentralen Wärmeversorgung ist das Wachstum der Wärmenetze und die Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung durch den Kohleausstieg bis 2030, den Energiepark Hafen und den Energiepark Tiefstack aktuell auf Kurs. Die in Arbeit befindliche Wärmeplanung liefert dabei die erforderliche Orientierung. Damit Wärmenetze für die

Zielerreichung in den Sektoren aber weiterhin einen effektiven Beitrag leisten können, bedarf es auf Bundesebene der Anpassung der Wärmelieferverordnung und des Förderinstrumentariums für Wärmenetze. Bei der Dekarbonisierung des Stroms werden die Weichen auf Bundesebene durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien und den mittelfristigen Ersatz von Kohle- durch Gaskraftwerke gestellt. Es bedarf im Bundesstrommix eines schnellen Ausbaus der Erneuerbaren Energien und einem Ersatz der aktuellen Spitzenlastabdeckung durch Kohlekraftwerke. Hamburg leistet mit dem Kohleausstieg bis 2030, der PV-Strategie und der Bereitstellung von Flächen für Windenergieanlagen einen wichtigen Beitrag.

Gebäudewärme, Prozesswärme und Ressourceneffizienz

Zuletzt wurde in Hamburg ein Anstieg der Wirtschaftsleistung bei zugleich rückläufigem Energieverbrauch verzeichnet. Die Energieeffizienz im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen konnte folglich deutlich verbessert werden. Weitere Einsparpotenziale liegen in der Wärmeversorgung und Gebäudeenergieeffizienz.

Im Sektor Gewerbe, Handel und Dienstleistungen stehen Verbesserungen bei Gebäudewärme, Prozesswärme im Niedertemperaturbereich sowie bei Ressourceneffizienz im Mittelpunkt. Um hier substanzielle Einsparungen zu erzielen, hat die Freie und Hansestadt Hamburg ein umfangreiches Maßnahmenprogramm entwickelt, von dem bereits ca. 80 Prozent in Umsetzung bzw. umgesetzt sind. Zudem wurde das Förderprogramm zur energetischen Sanierung von Nichtwohngebäuden im August 2025 wiederaufgenommen. Geplant sind zudem unter anderem Beratungen zur betrieblichen Abwärmenutzung sowie die Förderung der Circular Economy, um Ressourcen effizienter zu nutzen und Emissionen weiter zu reduzieren.

Private Wohngebäude: schnelle Dekarbonisierung der Energieversorgung

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie hat Hamburg schon im Jahr 2021 und als erstes Bundesland eine umfangreiche Datenbasis zum Modernisierungsgrad seines Wohngebäudebestands erstellt und durch ein interdisziplinäres Gutachter-Team unterschiedliche Szenarien zur Erreichung der Klimaziele prüfen lassen. Dabei wurden nicht nur technische Belange berücksichtigt, sondern auch stets die Auswirkungen verschiedener Lösungsansätze auf die Investitions- und Wohnkosten. Daraus wurden zielgerichtete Strategien wie Kommunikations- und Beratungsangebote, Förderprogramme oder auch eine Grundlage für die kommunale Wärmeplanung abgeleitet und umgesetzt. Für die Zielerreichung bei privaten Wohngebäuden in Hamburg kommt es auf eine schnelle Dekarbonisierung der Energieversorgung an, vor allem durch einen beschleunigten Ausbau von Fernwärme sowie dem verstärkten Einsatz von Wärmepumpen. Dabei ist der Einsatz von Wärmepumpen auch in teil- und unsanierten Gebäuden möglich.

Zur Zielerreichung werden auch Maßnahmen auf Bundesebene und gegebenenfalls europäischer Ebene benötigt. Darüber hinaus muss auch auf Bundes- und EU-Ebene der Fokus auf CO₂-Reduktion statt auf dem Grundsatz „Energieeffizienz an erster Stelle“ liegen. Der größte Hebel zur

Reduzierung von THG-Emissionen ist die Dekarbonisierung der Energieversorgung, die energetische Sanierung dient weiterhin der Reduzierung des Energiebedarfs und erfolgt im Rahmen der Instandsetzung am Ende der Bauteillebensdauer. Außerdem sollten Maßnahmen und Bilanzierungen auf Quartiers- und Flottenebene stark ausgebaut werden, damit sie zur gleichwertigen Alternative von Maßnahmen am Einzelgebäude werden.

Aufbau des Wasserstoffnetzes HH-WIN, Norddeutsches Reallabor und Carbon Management

Verschiedene Förderprogramme zur Dekarbonisierung und Steigerung der Energieeffizienz sollen den Industriestandort Hamburg stärken und Umstieg fördern. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Aufbau der Wasserstoffinfrastruktur, insbesondere dem Ausbau des Hamburger Wasserstoffnetzes (HH-WIN) und der Wasserstoffproduktion am Standort Moorburg. Diese Maßnahmen sollen die Industrie bei der Umstellung auf klimafreundliche Technologien unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit sichern. Gerade für energieintensive Industrien verspricht dies Lösungen zur Dekarbonisierung der Produktion. In Zukunft soll HH-WIN einen Großteil der Hamburger Industrieunternehmen mit grünem Wasserstoff versorgen.

Darüber hinaus fördert Hamburg innovative Projekte wie das Norddeutsche Reallabor, das praxisnahe Transformationspfade entwickelt und erprobt. Hier werden Elektrolyseure mit einer Wasserstoff-Erzeugungskapazität betrieben, die unter anderem dazu dienen sollen, fossile Energieträger in industriellen Prozessen durch Wasserstoff bzw. dessen Folgeprodukte zu ersetzen. Die Stadt plant zudem die Entwicklung einer umfassenden Carbon Management Strategie, um die unvermeidbaren CO₂-Emissionen in der Industrie und Abfallwirtschaft systematisch zu erfassen, zu steuern und weiter zu reduzieren. Die Strategie soll zudem natürliche CO₂-Senken wie Moore, Wälder und Seegraswiesen stärken. Außerdem soll sie technologische Verfahren weiterentwickeln, die CO₂ abscheiden, speichern (Carbon Capture Storage) oder nutzen (Carbon Capture Utilization) können.

Ausbau des Umweltverbundes - Digitalisierung und E-Mobilität im Fokus

Um den Verkehr klimafreundlicher und zukunftsfähig zu gestalten, greift eine Kombination von abgestimmten Maßnahmen. Der konsequente Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs steht dabei im Mittelpunkt. Mit immensen Investitionen wird die Busflotte fortschreitend elektrifiziert, neue U-Bahn-Netze und Fahrzeuge werden ganze Stadtteile besser verbinden und die Infrastruktur wird digitaler und moderner. Gleichzeitig werden Rad- und Fußwege ausgebaut und Sharing-Angebote gefördert. Die Verkehrsbehörde arbeitet eng mit allen Partnern zusammen, um innovative Lösungen zu entwickeln und die Rahmenbedingungen für den Umweltverbund weiter zu verbessern. Das Deutschlandticket macht den ÖPNV zusätzlich attraktiv, da es das Tarifgefüge radikal vereinfacht und Fahrten mit Bus und Bahn zu einem fairen Preis ermöglicht. Das Schülerticket und die Einführung des Seniorentickets ab Mai 2025 zeigen, dass alle Hamburgerinnen und Hamburger Zugang zu modernen Mobilitätsangeboten haben sollen.

Auch die flächendeckende Nutzung von E-Autos soll dabei helfen, entscheidende Mengen CO2 einzusparen. Durch gebührenfreies Parken und den Ausbau der Ladeinfrastruktur werden elektrisch betriebene Autos in Hamburg attraktiver. Auf diesem Gebiet müssen Stadt, Bund, EU und Industrie aber weiter eng zusammenarbeiten, damit E-Fahrzeuge die bessere Wahl werden für Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen. Ziel ist es, den Anteil nachhaltiger Mobilitätsformen deutlich zu steigern und Hamburg als Vorreiter für klimafreundliche Mobilität zu positionieren, dazu gehört auch das autonome Fahren. Die Fortschritte werden regelmäßig überprüft, um die Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen.

Senat leitet Prüfung weiterer Maßnahmen ein

Der aktuelle Zwischenbericht zeigt: Die Sektoren Private Haushalte, Industrie und Gewerbe/Handel/Dienstleistungen werden ihre Reduktionsziele 2030 voraussichtlich erreichen. Für die Zielerreichung im Sektor Verkehr sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich. Der Senat wird daher nun wie in § 6 Absatz 2 Hamburgischem Klimaschutzgesetz vorgesehen, eine umfassende Ursachenanalyse durchführen und Maßnahmen prüfen. Dies umfasst in erster Linie Rahmenbedingungen auf EU- und Bundesebene und in einem zweiten Schritt dann auch Initiativen auf Landesebene

Hamburg bleibt beim Klimaschutz auf Kurs

Der Zwischenbericht zeigt, dass Hamburg auf Kurs ist: Die Energiewende wird mit Nachdruck vorangetrieben, die kommunale Wärmeplanung und der Ausbau erneuerbarer Energien schreiten voran und die Stadt investiert in die Modernisierung der Infrastruktur. Auch im Bereich der energetischen Sanierung und Umstellung der Wärmeversorgung von Gebäuden unterstützt die Stadt mit Förderprogrammen. Die öffentlichen Unternehmen haben sich bereits auf den Weg zur Klimaneutralität 2040 gemacht. Ein Großteil der Maßnahmen des Klimaplan befindet sich in der Umsetzung oder in Vorbereitung, erste sind bereits abgeschlossen.

Weitere Informationen

- Hamburger Klimaplan: www.hamburg.de/klima
- Hamburger Klimaplan – Zwischenbericht zum Umsetzungsstand 2025: www.hamburg.de/go/1131692

Besuch und Austausch im Cafée mit Herz am 14. Januar



Das Café mit Herz ist seit dem Jahr 2000 ein Anker für obdachlose und von Armut betroffene Menschen in Hamburg. Finanziert zu 100 % aus Spenden, bietet die Einrichtung täglich Mahlzeiten, Kleidung und medizinische Hilfe.

Durch Projekte wie „Housing First“ und den Hamburger Kältebus ermöglicht das Team Wege aus der Isolation und Hilfe zur Selbsthilfe. Haupt- und Ehrenamtliche setzen sich hier unermüdlich für die Würde und das Überleben der Gäste ein.

So kämpft das Café täglich gegen soziale Ausgrenzung und die lebensgefährlichen Bedingungen auf der Straße. Es war ein spannender

Sozialmonitoring-Bericht 2025: Hamburgs sozialräumliche Strukturen bleiben stabil – positive Dynamik in vielen Statistischen Gebieten

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen hat den Sozialmonitoring-Bericht 2025 veröffentlicht. Bereits zum 16. Mal werden im Rahmen des seit 2010 laufenden jährlichen Monitorings die kleinräumigen Sozialdaten der Statistischen Gebiete Hamburgs analysiert. Aus den Ergebnissen wird unter anderem abgeleitet, welche Quartiere in Hamburg besondere Aufmerksamkeit benötigen und im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gefördert werden sollen.

Karen Pein, unsere Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen:

„Hamburgs Quartiere sind weiterhin sozial stabil. Die Ergebnisse des aktuellen Sozialmonitoring-Berichts zeigen keine Anzeichen für ein soziales Auseinanderdriften in der Stadt. Die meisten Hamburgerinnen und Hamburger leben in Quartieren mit einem mittleren oder hohen Status, zudem ist die Anzahl der Statistischen Gebiete mit positiver Dynamik im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen, insbesondere in den Fördergebieten des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Das ist eine Bestätigung unserer Bemühungen in der gezielten Förderung im Rahmen von RISE. Mit dem Rahmenprogramm verbessern wir die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner durch Investitionen in die soziale und in die Bildungsinfrastruktur, in Sportstätten, Wohnumfelder, öffentliche Plätze und Grünanlagen, Rad- und Fußwege, in den Klimaschutz und in Versorgungszentren. Im Jahr 2024 wurden in 28 Quartieren insgesamt rund 58,9 Millionen Euro öffentliche Mittel, davon rund 31,5 Millionen Euro RISE-Mittel eingesetzt – Geld, das direkt in den Quartieren ankommt. RISE und das Sozialmonitoring leisten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stabilität und zum Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft.“

Im Sozialmonitoring-Bericht wird die sozialräumliche Entwicklung in Hamburg jährlich untersucht und beschrieben. Ziel ist es, sozialräumliche Unterschiede innerhalb der Stadt erkennbar zu machen. Zugleich sollen unterstützungsbedürftige Quartiere frühzeitig erkannt werden.

Besonderes Augenmerk wird im Sozialmonitoring auf Statistische Gebiete mit einem niedrigen oder sehr niedrigen Status gelegt. In diesen Quartieren weisen bestimmte betrachtete soziale Indikatoren erhöhte Anteile im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt auf, so dass dort soziale Herausforderungen verstärkt vermutet werden können. Zu den Indikatoren gehören z. B. der Anteil der Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Leistungen, der Anteil von Arbeitslosen an der Bevölkerung, der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie der Anteil der Jugendlichen ohne höheren Schulabschluss.

Ähnlich wie in den vergangenen Jahren weist die Mehrheit der Statistischen Gebiete im Berichtsjahr 2025 einen mittleren oder hohen Status auf. Der Zuwachs von rund 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Hamburg fand vor allem in Statistischen Gebieten mit mittlerem oder hohem Status statt.

Die Zahl der Statistischen Gebiete mit positiver Dynamik ist deutlich gestiegen, von 25 auf 41 im Vergleich zum Vorjahr. Auch in den Fördergebieten des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) bleiben die Strukturen stabil. Auffällig ist, dass der Anteil der Statistischen Gebiete mit positiver Dynamik in den RISE-Fördergebieten mit 7,9 Prozent deutlich höher liegt als im übrigen Stadtgebiet (4,2 Prozent).

Hintergrund Sozialmonitoring und RISE

Das Sozialmonitoring wird auf der räumlichen Betrachtungsebene der 941 Statistischen Gebiete Hamburgs durchgeführt. Ein Statistisches Gebiet besteht i. d. R. aus benachbarten Häuserblöcken, die in Hamburg so zusammengestellt sind, dass bauliche und sozialstrukturelle Merkmale möglichst ähnlich sind. Es ist die kleinste räumliche Einheit, für die das Statistikamt Nord Daten zur Verfügung stellt. Für das Sozialmonitoring wurden im Berichtsjahr 2025 insgesamt 857 Statistische Gebiete betrachtet, in denen durchschnittlich ca. 2.300 Einwohnerinnen und Einwohner leben, mindestens jedoch 300. Die jährliche Datenerhebung ermöglicht es, Entwicklungen im Zeitverlauf darzustellen und damit auch mögliche soziale Herausforderungen in den Quartieren sichtbar zu machen. Seit 2010 werden die Ergebnisse genutzt, um die Festlegung von Fördergebieten im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung zu unterstützen.

Das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung fasst seit mehr als 15 Jahren die Programme der Städtebauförderung unter einem Dach zusammen, mit dem Ziel, Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf städtebaulich aufzuwerten und sozial zu stabilisieren: durch Investitionen in die soziale und in die Bildungsinfrastruktur, in Sportstätten, ins Wohnumfeld, in öffentliche Plätze und Grünanlagen, in den Klimaschutz, in Rad- und Fußwege und in Versorgungszentren.

Der Stichtag der im aktuellen Sozialmonitoring-Bericht aufbereiteten Daten ist der 31. Dezember 2024.

Den aktuellen Bericht können Sie hier abrufen:

www.hamburg.de/sozialmonitoring.

Hundesteuerbefreiung bei Tierheim-Adoptionen: „Genau der richtige Schritt“

Mit der Überprüfung der Hamburger Kommunalabgaben hat der Hamburger Senat eine dreijährige Steuerbefreiung für die Aufnahme ungefährlicher Hunde aus dem Tierheim ab 2027 beschlossen. Damit setzt der Senat ein Ersuchen der rot-grünen Regierungsfractionen aus dem Juli 2025 um (siehe Anlage). Die SPD-Fraktion Hamburg begrüßt diesen Schritt ausdrücklich. Angesichts dynamischer Kostenentwicklungen und wachsender Anforderungen wird zudem die Hundesteuer in der Freien und Hansestadt Hamburg erstmals seit dem 1. Januar 1995 von bislang 90 auf 120 Euro pro Jahr erhöht. Für sogenannte Listenhunde gilt ein angepasster Steuersatz. Damit liegt Hamburg auf dem Niveau von Berlin und ist im Vergleich zu anderen Städten in Deutschland teilweise weiterhin deutlich günstiger.

Dazu Anja Quast, tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hamburg: „Jedes Jahr werden vom Hamburger Tierschutzverein von 1841 e. V. rund 700 bis 900 Hunde im Tierheim aufgenommen. Ein erheblicher Teil dieser Tiere stammt aus Haltungsaufgaben, Überforderungen der Halter:innen oder aus Beschlagnahmungen. Viele Hunde bleiben über Monate, teilweise sogar über Jahre, im Tierheim – insbesondere dann, wenn sie älter, krank oder besonders pflegeintensiv sind. Viele Interessierte scheuen vor einer Adoption zurück. Dabei spielen auch finanzielle Sorgen eine Rolle, etwa durch höhere Tierarztkosten, Spezialfutter oder einen erhöhten Pflegebedarf. Die dreijährige Steuerbefreiung bei der Aufnahme eines ungefährlichen Hundes aus dem Tierheim ist daher genau der richtige Schritt, um die Übernahme dieser Tiere spürbar zu erleichtern und zugleich die Tierheime zu entlasten. Damit schaffen wir konkrete Anreize, dass sich künftig noch mehr Hamburger:innen bewusst für einen Hund aus dem Tierschutz entscheiden. Dass die Hundesteuer erstmals seit 30 Jahren angehoben wird, ist angesichts gestiegener Anforderungen und Kosten sachgerecht. Mit 120 Euro pro Jahr für einen normalen Hund liegt Hamburg im Metropolen- und Umlandvergleich weiterhin auf einem moderaten Niveau.“

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese **hier** kostenlos abbestellen.

Abgeordnetenbüro
Regina Jäck
Neusurenland 107
22159 Hamburg
Deutschland

040-74214997

